

Niederschrift

**über die Sitzung am Montag, 17.09.2012
im Kreishaus Borken**

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Annette Demes Ahaus

Mitglieder:

Bernadette Aehling	Borken	
Agnes Denkler	Schöppingen	Vertretung für Angelika Dannenbaum
Marc Frieler	Gronau	
Johannes Maus	Velen	bis 18:30 Uhr
Karin Mikosch-Eimann	Gronau	
Helmut Möllenkotte	Schöppingen	
Uta Röhrmann	Bocholt	
Maja Saatkamp	Borken	bis 19:15 Uhr
Marion Wirth	Stadtlohn	

Es fehlt entschuldigt:

Gerti Tanjsek Bocholt

Gäste:

Giselheid Lönker-Rduch
Ingrid Mengelkamp Kreispolizeibehörde Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Irmgard Paßerschroer
Martina Brendel
Doris Gausling

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Demes eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Zwischenbericht des Netzwerk Westmünsterland e.V. zum Projekt "Vereinbarkeit von Familie und Beruf"
Referentin: Veronika Droste, Netzwerk Westmünsterland e.V.
Vorlage: 0221/2012

Frau Gausling führt einleitend aus, wie es zum Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ gekommen sei. Im Rahmen der Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Demographieprozess habe der Netzwerk Westmünsterland e.V. seinerzeit die zwei Projekte FAMM (Familie, Arbeit, Mittelstand im Münsterland) und LOS (Lotsen- und Servicemodell für Unternehmen und Beschäftigte) durchgeführt. Zur Bündelung der Aufgabenstellung „Familienfreundlicher Kreis Borken“ habe der Kreistag das Netzwerk Westmünsterland mit Beschluss vom 17.02.2011 mit der kreisweiten Koordinierung des Themenbereichs „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ beauftragt. Das Projekt laufe noch bis zum 31.12.2012. Inhaltlich begleitet werde das Projekt von Frau Veronika Droste, die auch schon die Projekte „FAMM“ und „LOS“ verantwortlich betreut habe. Hierdurch hätten die bis dahin erzielten Ergebnisse weiter gefestigt und weiterentwickelt werden können.

Frau Droste legt dar, ihre aktuelle Aufgabe bestehe darin, eine zentrale Anlauf- und Informationsstelle zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Interessierte, Unternehmen, Institutionen und Kommunen zu sein. Im Rahmen verschiedener Veranstaltungen hätten diese Akteurinnen und Akteure Informationen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhalten. Bisher seien so u.a. ca. 50 Unternehmenskontakte entstanden. Vorrangiges Interesse der Unternehmen sei es, über die Möglichkeiten der Kinderbetreuung informiert und beraten zu werden. Familienbewusstsein werde mehr und mehr zu einem Standortfaktor für Unternehmen und Kommunen.

Auch das Thema „Pflege und Beruf“ gewinne für die Unternehmen zunehmend an Bedeutung. Das ursprünglich hierzu in Kooperation mit dem Caritasverband Borken geplante KIT-Projekt, über das der Arbeitskreis Gleichstellung in seiner Sitzung am 30.11.11 informiert worden sei, habe leider vom Förderer GKV, der zentralen Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen in Deutschland, abgebrochen werden müssen. Bedauerlicherweise hätten sich nicht genug Unternehmen am Projekt beteiligt.

Stattdessen solle nun münsterlandweit ein „Pflegekoffer“ für Unternehmen eingeführt werden.

Dieser Koffer sei Ergebnis eines Projektes aus dem Kreis Coesfeld und enthalte allgemeine Informationen zum Thema „Pflege und Beruf“, eine Broschüre mit konkreten Anschriften und Ansprechpersonen und einen Handlungsleitfaden für Betroffene.

Ende November 2012 solle die Aktualisierung der Inhalte des „Pflegekoffers“ abgeschlossen sein. Dann werde dieser den Unternehmen im Rahmen einer Veranstaltung vorgestellt.

Weitere Aufgabenfelder seien die Pflege und der Ausbau der Familienportale nach dem Beispiel der Städte Gronau, Bocholt, Borken und Ahaus. Aktuell würden einige weitere Kommunen im Kreis beim Aufbau dieser Portale begleitet und unterstützt. Hierzu fänden regelmäßige Austauschtreffen statt. Die Internetauftritte könne jede Kommune dazu nutzen, ihre Familienfreundlichkeit darzustellen. Vorgesehen seien weiterhin der Aufbau einer übergreifenden Informationsseite und Verlinkungen mit Internetportalen von Familienzentren, Schulen etc. Problematisch sei häufig die Finanzierung der Internetseiten. Hier sollen verstärkt Unternehmen angesprochen werden.

Die Förderung und Unterstützung der Netzwerkarbeit, insbesondere für Lokale Bündnisse für Familien und Familienzentren, sei ein weiterer Schwerpunkt ihrer Tätigkeit. So sei in Kooperation mit dem Lokalen Bündnis in Vreden und einem Vredener Unternehmen eine Fotoausstellung zum Thema „Allein Erziehende und Beruf“ entwickelt worden. Diese Wanderausstellung werde über die Stadt Vreden verliehen.

In Rhede sei in Zusammenarbeit mit dem dortigen Lokalen Bündnis und Schülerinnen und Schülern des Berufskollegs Bocholt West (Fachrichtung Mediengestaltung) ein Kalender erarbeitet worden, der den sog. „Neugeborenentaschen“ beigelegt werde und berufstätigen, werdenden Eltern nützliche Informationen liefere. Insgesamt seien die Bündnisse sehr aktiv und geprägt von einem hohen Maß an ehrenamtlichem Engagement.

Zweimal jährlich würden Führungskräfte und Personalverantwortliche aus Unternehmen zu Austauschtreffen zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf geladen.

Im Rahmen des Projektes FAMM seien im Mai 2011 acht Unternehmen aus dem Kreis als „Familienfreundlicher Arbeitgeber“ zertifiziert worden. Nach Beendigung des Projektes FAMM sei der Vertrieb des Siegels von der Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh, übernommen worden, was für die Unternehmen allerdings mit deutlich höheren Kosten verbunden sei. Dies erschwere die Gewinnung weiterer Interessentinnen und Interessenten.

Die Schwerpunktaufgaben der verbleibenden Projektlaufzeit umfassten u.a. den Aufbau einer übergreifenden Internetseite, die Entwicklung eines Logos zur Förderung des Wiedererkennungswertes, die Anpassung und den Vertrieb eines „Pflegekoffers“ sowie den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Lokalen Bündnissen und Unternehmen im Kreis.

Frau Saatkamp möchte wissen, welche Unternehmen für eine Beratung offen seien.

Frau Droste antwortet, dass dieses häufig Unternehmen seien, bei denen Frauen in der Personalverantwortung stünden. Auch Unternehmen, die viele junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigten oder Probleme hätten, Nachwuchskräfte zu gewinnen, interessierten sich für die Thematik.

Frau Denkler erkundigt sich danach, wie der Vertrieb des Pflegekoffers stattfinden soll.

Frau Droste erwidert, dass dies vorrangig durch persönliche Ansprache der Unternehmen und im Rahmen von Veranstaltungen erfolgen solle. Der Koffer werde ca. 50 Euro kosten.

Frau Saatkamp interessiert, wie die Weiterführung des Themas nach dem Ende der Projektlaufzeit erfolgen solle.

Frau Droste teilt mit, dass wichtige Informationen über die Familienportale bekannt gemacht werden könnten. Ansonsten sei noch unklar, wie ihre bisherige Arbeit fortgeführt werden könne.

Die Power-Point-Präsentation von Frau Droste ist als Anlage 1 beigelegt.

Frau Demes bedankt sich bei Frau Droste und Frau Gausling für die interessanten Zwischenberichte. Sie freue sich über das gut ausgebaute Netzwerk und das große Engagement in diesem wichtigen Bereich.

Sie regt an, Frau Droste in 1,5 Jahren erneut einzuladen, damit sie über den Endstand berichten könne. Dieser Vorschlag wird von den Anwesenden begrüßt.

Der Zwischenbericht des Netzwerks Westmünsterland e.V. zum Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 2: Situation der Hebammen im Kreis Borken
Referentinnen: Andrea Wynk, Hebamme, Ahaus
Andrea Kuper, Hebamme, Bocholt

Frau Andrea Wynk, Hebamme aus Ahaus und seit April 2012 Kreisvorsitzende der Hebammen im Kreis, gibt zusammen mit ihrer Stellvertreterin, Frau Andrea Kuper aus Bocholt, einen Überblick über die Situation der Hebammen. Die Power-Point-Präsentation ist als Anlage 2 beigefügt.

Die 3-jährige Ausbildung zur Hebamme erfolge an speziellen Schulen für Hebammen. Sie beinhalte Schul- und Praxiseinsätze und ein Praktikum bei einer freiberuflichen Hebamme. Hebammen in NRW seien verpflichtet, dem zuständigen Gesundheitsamt innerhalb von 3 Jahren 60 Fortbildungsstunden nachzuweisen. Dies betreffe auch halbtags arbeitende oder in Elternzeit befindliche Hebammen. Bei jeder Geburt habe der Arzt die Pflicht, eine Hebamme hinzuzuziehen.

Im Kreis Borken gebe es zurzeit 63 Hebammen und mit 1,58 Kindern pro Frau sei der Kreis Borken der geburtenstärkste Kreis in NRW.

Ausgelöst durch Protestaktionen werde seit geraumer Zeit in den Medien immer wieder über die geringen Einkommen der Hebammen berichtet. In der Tat habe eine Studie, welche vom damaligen Bundesgesundheitsminister Rösler in Auftrag gegeben und am 04.05.2012 veröffentlicht worden sei, ergeben, dass der durchschnittliche Nettostundenlohn einer Hebamme 7,48 € betrage. Ferner sei die Zahl der Hebammen, die außerklinische Geburtshilfe leisteten, seit 2008 um 4 % gesunken, 1/5 hätten die Geburtshilfe aufgegeben und 1,3 % der Hebammen hätten mittlerweile ganz aufgehört. Gründe hierfür seien die enorm gestiegenen Haftpflichtprämien, die viel zu hohe Arbeitsbelastung und das zu geringe Einkommen. Die Haftpflichtprämie sei explosionsartig von 400 Euro in 2000 auf 4.242,50 Euro in 2012 angestiegen. Die Versicherungen begründeten die hohen Beiträge mit dem enormen Anstieg der Schadensersatzansprüche in Einzelfällen. Bereits bei einem Verdacht, dass sich das Kind nicht normal entwickle, müsse die Hebamme dies ihrer Versicherung melden. Dabei werde hinsichtlich der Höhe der Prämie kein Unterschied zwischen einer vollzeitbeschäftigten und einer teilzeitbeschäftigten Hebamme gemacht. Die Gebühr (brutto) für einen Hausbesuch liege zurzeit bei 27,08 € (Vergleich 2006: 24,50 Euro).

Als Anlage 3 ist „Das Einkommen und der Stundenlohn der Hebammen nach der Studie des IGES-Instituts“ vom Deutschen Hebammenverband e.V. beigefügt.

Die Folge sei, dass die Hebammen sich stärker auf die Vor- und Nachsorge konzentrierten und Zusatz Tätigkeiten nachgingen. So eröffneten einige Hebammen sog. Hebammenläden oder ließen sich zur Familienhebamme ausbilden. Hier gebe es zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten über die Jugendhilfe. Nicht selten aber entschlossen sich Hebammen aufgrund ihres geringen Verdienstes dazu, ihren Beruf aufzugeben, und das trotz drohender Versorgungslücken – insbesondere in den Krankenhäusern.

Die Versorgung der Frauen sei durch mittlerweile frühzeitigere Entlassungen aus der Klinik intensiver geworden, die Zahl der Hausgeburten sei gestiegen und es gebe deutschlandweit mehr als 30 % Kaiserschnitte, die einer intensiveren Betreuung bedürften.

Frau Kuper bekräftigt, die Intensivmedizin habe sich weiterentwickelt. Dadurch hätten sich die Überlebenschancen für Frühgeburten erhöht. Hierdurch wiederum seien die Gefahren größer und somit die Haftpflichtversicherungskosten gestiegen.

Frau Wynk führt weiter aus, die Qualifizierung zur Familienhebamme bedürfe einer Zusatzausbildung von 7 Modulen, wobei sich die Kosten auf 2.765,00 € zzgl. 21 Tagen Verdienstausschluss und Wegegeld belaufen würden. Die Familienhebammen würden Familien in besonders problematischen Situationen betreuen, bis das Kind max. ein Jahr alt sei. Besonders schwierige Situationen seien z.B. finanzielle Notlagen, Sucht- und Gewaltproblematiken und sehr junge Mütter. Es gehe vor allem darum, die Bindungs- und Beziehungsfähigkeit zwischen Eltern und Kindern zu fördern und zu unterstützen. Denn Eltern, die zu ihren Kindern eine gute Bindung hätten, seien viel seltener geneigt, ihren Kindern gegenüber gewalttätig zu werden.

Frau Denkler unterstützt diese frühe Hilfe für Mutter und Kind. Gerade zu diesem Zeitpunkt Bindungsstrukturen zwischen Mutter und Kind zu ermöglichen, sei der richtige Ansatz.

Frau Wynk sieht das genauso. Im Kreis Borken gebe es zurzeit 4 Familienhebammen. Sie selbst befinde sich gerade in der Ausbildung zur Familienhebamme.

Auf Bundesebene habe der Hebammenverband einige Forderungen gestellt, wie z.B. eine wohnortnahe geburtshilffliche Versorgung, Erhalt und Ausbau der Versorgung mit Hebammenhilfe, angemessene Vergütung unter Berücksichtigung der Kosten, Einrichtung eines steuerfinanzierten Fonds für Haftpflichtfälle und die angemessene Bezahlung auch der angestellten Hebammen.

Auch auf Kreisebene bzw. kommunaler Ebene seien Unterstützungen denkbar, z.B. im Bereich der Fortbildung.

Der Arbeitskreis diskutiert über die Lage der Hebammen. Es wird angeregt, das Thema weiter in die Politik zu tragen. So solle in absehbarer Zeit ein Gespräch mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Herrn Jens Spahn, geführt werden, an dem neben Frau Wynk und Frau Kuper jeweils ein Vertreter/eine Vertreterin der Fraktionen, Unterzeichnerin und ggf. Frau Scherwinski teilnehmen sollten.

Frau Wirth schlägt vor, auch Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr anzusprechen. Sie werde sich diesbezüglich an das Bundesgesundheitsministerium wenden und Informationen einholen.

(Anmerkung: Die Antwort des Bundesgesundheitsministeriums auf die schriftliche Anfrage von Frau Wirth ist als Anlage 4 beigefügt)

Frau Paßerschroer führt an, dass sich auch der am 21.03.2013 stattfindende Equal Pay Day mit der schlechten Bezahlung in Gesundheitsberufen befassen werde. In diesem Zusammenhang sei dann auch auf Kreisebene die Möglichkeit gegeben, auf die schlechte Bezahlung der Hebammen aufmerksam zu machen.

Frau Demes bedankt sich bei den Referentinnen für ihre engagierte Arbeit und den beeindruckenden Vortrag. Sie sichert die weitere Unterstützung des Arbeitskreises zu und wünscht Frau Wynk und Frau Kuper für die Zukunft alles Gute.

Punkt 3: Verschiedenes

- **Frau Paßerschroer** berichtet, dass das Land für die Projekte des Runden Tisches GewAlternativen in 2012 einen Betrag in Höhe von 8.885,00 € bewilligt habe. Hiervon würden u.a. die zentrale Fachtagung am 14.11.2012 zum Thema „Mehr als das Herz gebrochen“ - Gesundheitliche Folgen häuslicher Gewalt, eine Broschüre für von Gewalt betroffene Frauen sowie die Ausstellung „Warnsignale“ finanziert werden.

Frau Röhrmann, Sprecherin der für die Ausstellung verantwortlichen AG Prävention, gibt sodann einen Überblick über das Rahmenprogramm der Ausstellung, die vom 22.11. – 03.12.12 in der Volksbank in Rhede stattfindet. Schirmherr der Ausstellung sei Herr Landrat Dr. Kai Zwicker. Die Mitglieder des Arbeitskreises würden noch eine gesonderte Einladung und einen Flyer mit allen wichtigen Informationen erhalten.

- Die nächste Sitzung des Arbeitskreises findet am **Dienstag, 20.11.2012**, statt.

Annette Demes
Vorsitzende

Irmgard Paßerschroer
Schriftführerin